



# Die Steuer-Gewerkschaft

Gewerchaftsorgan der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG)  
– Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung –

**Tarifrunde 2000: Verhandlungen vertagt**

→ S. 51

**Protestkundgebung in Dresden:  
Gleichen Lohn für gleiche Arbeit gefordert**

→ S. 51

**Schlanker Staat ist oft nur ein Schlagwort**

→ S. 53



**5/2000**

49. Jahrgang - Mai 2000 - ISSN 0178-207X

## Inhalt

**51 Tarifrunde 2000:  
Verhandlungen vertagt**

In der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst haben sich die Arbeitgeber nicht bewegt. Die strittigsten Punkte sind weiterhin die Zusatzversorgung und die Angleichung Ost. Die DDB Tarifunion fordert vier Prozent vom 1. April an sowie die Angleichung der Einkommen und Arbeitsbedingungen in den neuen Bundesländern an das Westniveau.

**51 Protestkundgebung in Dresden:  
Gleichen Lohn für gleiche Arbeit  
gefordert**

Mehr als 10 000 Kolleginnen und Kollegen demonstrieren vor dem sächsischen Landtag für gleiche Bezahlung im Osten. Zehn Jahre nach der Deutschen Einheit müsse das Gebot des Grundgesetzes verwirklicht werden, gleiche Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet herzustellen.

**53 Schlanker Staat ist oft  
nur ein Schlagwort**

Auf einem Kongress in Berlin äußerte sich der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek kritisch zu politischen Forderungen nach einem „effizienten“ oder schlanken Staat. Dies seien oft nur Schlagworte, die unterstellten, dass die Verwaltung bisher etwas verschlafen oder versäumt hätte. Dies sei in der Steuerverwaltung nicht der Fall.

**Titelfoto**

Über 10 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der jungen Bundesländer demonstrieren am 12. April in Dresden für die Angleichung ihrer Einkommensverhältnisse an das Westniveau.

Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender, In der Raste 14 (DSTG-Haus), 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, <http://www.dstg.de>; e-mail: [dstg-bonn@t-online.de](mailto:dstg-bonn@t-online.de), Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, In der Raste 14, 53129 Bonn, Telefon (02 28) 5 30 05-0, Fax (02 28) 23 90 98, Herstellung: BUB, Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Baunscheidtstraße 6, 53113 Bonn. Fotos: DSTG, DSTG-Archiv, Eduard N. Fiegel, foto kirsch. Nachdruck honorarfrei gestattet. „Die Steuer-Gewerkschaft“ erscheint zehnmal jährlich; regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr. „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen. Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Auflage: ca. 80 000. Anzeigenabteilung: In der Raste 14, 53129 Bonn. Tel. (02 28) 5 30 05 13, Fax (02 28) 23 90 98. Gültig ist Anzeigentarif Nr. 21 vom 1. Januar 1997.  
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

## Editorial

**Liebe Kolleginnen  
und Kollegen!**

**Die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland ist Verfassungsauftrag. Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung wächst die Ungeduld unter unseren Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern.**

**Immer drängender fragen sie: „Wann bekommen wir für gleiche Arbeit gleiches Geld?“ 100 % Arbeit und 86,5 % Lohn – dies finden sie als Hohn!**

**Die politisch Verantwortlichen verkürzen diese Frage auf die Haushalts- und Kassenlage und auf ökonomische Daten. Der Verhandlungsführer der Länder, der sächsische Finanzminister Professor Georg Milbradt argumentiert mit ökonomischen Zahlen und Daten und verkennt dabei die politische Dimension. Es geht nach zehn Jahren nicht in erster Linie um das Geld, sondern um das Selbstwertgefühl unserer Kolleginnen und Kollegen in den neuen Ländern.**

**Nach 40 Jahren auf der falschen Seite der Mauer und nach zehn Jahren der Wiedervereinigung wollen sie endlich gleichbehandelte Bürgerinnen und Bürger in unserer Bundesrepublik sein. Sie akzeptieren nicht mehr, dass ihnen in einer Buchhaltermanier vorge-rechnet wird, dass wegen einer besonderen Situation in den neuen Ländern eine 86,5 %ige Bezahlung ausreichend sei.**

**Deshalb gingen sie am 12. April 2000 in Massen auf die Straßen und protestierten vor dem sächsischen Finanzministerium. Und dies zu Recht!**

**Die öffentlichen Arbeitgeber müssen erkennen, dass sie der raschen Angleichung Ost an West hohe Priorität einräumen müssen. Die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern wollen keine Sonntagsreden hören, keine leeren Versprechungen von „Chefsachen“, sondern Taten sehen.**

*Dieter Ondracek*



Protestkundgebung in Dresden:

## Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Nach einem Protestmarsch durch Dresden versammelten sich mehr als 10 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zur Protestkundgebung des DBB - Beamtenschaft und Tarifunion am 12. April 2000 vor dem Sächsischen Finanzministerium. Die zentrale Forderung der Beschäftigten ist die Angleichung der Einkommensverhältnisse im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer an das Westniveau.

Der 1. Vorsitzende der DBB Tarifunion Robert Dera kritisierte, dass Bundesinnenminister Otto Schily als Verhandlungsführer der Tarifrunde 2000 für den öffentlichen Dienst nicht einmal einen Fahrplan für die Tarifangleichung vorgelegt habe und wies die geplante Anhebung der Einkommen um einen sogenannten Inflationsausgleich von 0,6 Prozent entschieden zurück: „Wir wollen keine Almosen, wir wollen eine gerechte Bezahlung!“

den Landesregierungen der neuen Länder, die zwar immer wieder mal das Thema debattieren, Zahlenspiele betreiben, Hoffnungen wecken und wieder dämpfen, sich aber vor konkreten Aussagen drücken.“

An der Protestdemonstration nahmen rund 2 000 DSTG-Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern und Berlin teil. Die starke DSTG-Mann-

und Frauenschaft wurde angeführt vom DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Helmut Overbeck und Joachim Rother sowie den Landesvorsitzenden Wilfried Kohlhoff (Mecklenburg-Vorpommern), Hans-Holger Büchler (Brandenburg), Detlef Dames (Berlin), Gunda Lämmer (Thüringen) und Günter Martini (Sachsen-Anhalt).



*Stellte sich den Demonstranten in Dresden: der Sächsische Finanzminister und Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst, Prof. Dr. Georg Milbradt (links daneben Robert Dera - Vorsitzender der DBB Tarifunion, rechts der stellv. DSTG-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der Tarifkommissionen von DSTG und DBB Tarifunion, Kollege Helmut Overbeck)*

Der stellvertretende DBB-Bundesvorsitzende Heinz Ossenkamp forderte in seiner Protestrede, das Vorhaben, zehn Jahre nach dem Fall der Mauer die Gräben zu überwinden und die Einheit Deutschlands zu vollenden, endlich auch auf den öffentlichen Dienst anzuwenden. Die im Grundgesetz festgeschriebene Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse herzustellen sei ein klarer Auftrag an die Politik, der auch für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu gelten habe.

Als Sprecher der DBB-Landesbünde Ost wehrte sich der Vorsitzende des DBB Brandenburg, Heinz-Egon Müller dagegen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Ostdeutschland als Beschäftigte zweiter Klasse abgestempelt werden und forderte Taten von den Politikern: „Angefangen beim Bundeskanzler, der bis heute hat nicht erkennen lassen, ob und wie er den Osten wie versprochen zur Chefsache gemacht hat, bis hin zu den Landesparlamenten und

Tarifrunde 2000:

### Verhandlungen vertagt

**Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind am 14. April 2000 auf den 5./6. Mai 2000 vertagt worden. Vom Verhandlungstisch in Stuttgart meldeten unsere Kollegen, dass es in der zweiten Runde keine große Annäherung zwischen der DBB Tarifunion und den öffentlichen Arbeitgebern gegeben hat. Die strittigsten Punkte sind weiter die Zusatzversorgung und die Angleichung Ost.**

Dazu erklärte der Vorsitzende der DBB Tarifunion und Verhandlungsführer Robert Dera: „Die öffentlichen Arbeitgeber wollen eine Gesamtlösung für die Zusatzversorgung - wir auch! Sie halten Sofortmaßnahmen für erforderlich - wir auch! Wenn es den Arbeitgebern jedoch damit ernst ist, beenden sie das Manöver, die Stuttgarter Tarifverhandlungen mit dem Thema Zusatzversorgung zu missbrauchen. Zu separaten Verhandlungen sind wir jederzeit bereit.“ Am Schluss einigte man sich diesbezüglich auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe bis zur nächsten Verhandlungsrunde.

**Die DBB Tarifunion fordert für den öffentlichen Dienst u. a. Einkommensverbesserungen von vier Prozent mit Wirkung vom 1. April 2000, arbeitsplatzsichernde Maßnahmen sowie die sofortige Angleichung der Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern an das Westniveau.**

Unter Hinweis auf den Protest von über 10 000 Demonstranten des öffentlichen Dienstes der jungen Bundesländer am 12. April in Dresden forderte die DBB Tarifunion die Angleichung der Ost-Gehälter an das Westniveau zum Schwerpunkt der Verhandlungen zu machen. Dagegen wehren sich die Arbeitgeber noch mit Händen und Füßen. Sie verweisen stur auf die wirtschaftliche Entwicklung, die eine schnelle Angleichung nicht zulasse.

Für die Deutsche Steuer-Gewerkschaft nahmen Karl-Heinz Leverkus und Helmut Overbeck an der zweiten Verhandlungsrunde teil.

## Zähes Ringen bei den Tarifverhandlungen in Stuttgart



Der Verhandlungsführer der DBB Tarifunion, Kollege Robert Dera, machte vor der Presse in Stuttgart den Standpunkt der DBB Tarifunion zur Frage der Zusatzversorgung und der Forderung nach der Angleichung-Ost sehr deutlich (2. v.l. Bundesinnenminister Schily, re. der stellv. DSTG-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der Tarifkommissionen von DBB Tarifunion und DSTG, Kollege Helmut Overbeck)



„Sondierungsgespräch“ am Rande der zweiten Tarifrunde in Stuttgart:

v.l. Robert Dera (DBB Tarifunion-Verhandlungsführer), Helmut Overbeck (Vorsitzender der Tarifkommissionen von DBB Tarifunion und DSTG) und Heinrich Aller (Finanzminister des Landes Niedersachsen)

## Schlanker Staat ist oft nur ein Schlagwort

**E**ffizienter Staat – unter diesem Motto stand eine dreitägige Veranstaltung in Berlin, an der zahlreiche Verwaltungsexperten, Wissenschaftler, Unternehmensberater und Politiker teilnahmen. In verschiedenen Foren wurden Themen behandelt wie „Personalpolitik in privatisierten öffentlichen Betrieben – Effiziente Beschaffung – Neue Beschaffungsmodelle – Kosten- und Leistungsrechnung – Elektronische Vergabe – Alternative Finanzierungsmodelle – TK und Netzdienstleistungen – Facility Management“.

Höhepunkte waren die Rede des Bundesfinanzministers Hans Eichel zu Sparpotenzialen in einer effizienten Verwaltung und die Rede der Ministerin für das Cabinet Office, London, Dr. Marjorie Mowlam über die Modernisierung der Verwaltung im Vereinigten Königreich.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Verwaltungsreform – nur um zu sparen?“ konnte neben Vertretern von Politik und Wissenschaft der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek die Ansicht der DSTG darlegen. Er gab dabei folgendes Statement ab:

„Effizienter Staat – Schlanker Staat – Verwaltungsreform – dies sind Schlagworte, mit denen in erster Linie die Politik der Öffentlichkeit gegenüber Aktivitäten vorweisen und dokumentieren will, dass man modern und fortschrittlich denkt. Um diese politischen Schlagworte zu verstärken und zu untermauern, werden externe Berater in die Verwaltungen geholt.

Sie werden diesen, meinen ersten Worten schon entnehmen können, dass die Deutsche Steuer-Gewerkschaft aus der Erfah-

rung heraus diesen Begriffen skeptisch gegenüber steht. Das Voranstellen dieser Schlagworte suggeriert nämlich auch, dass die Verwaltung bisher etwas versäumt oder verschlafen hätte. Und dies kann ich zumindest für meinen Bereich widerlegen. Die Steuerverwal-

tung war und ist eine lebendige Verwaltung. Sie ist mit ihren Außendienstlichen in den Betrieben und sieht, was in der Wirtschaft gut und schlecht läuft. Auch diese so nebenbei gewonnenen Erfahrungen werden schnell zu Wünschen und Anregungen der eigenen Mit-



Bundesfinanzminister Hans Eichel mit DSTG-Chef Dieter Ondracek



arbeiter, wenn sie denn für gut empfunden werden. Und so waren die Wünsche und Anregungen an die Organisatoren der Steuerverwaltung stets wesentlich höher, als sie diese erfüllen konnten, weil ihnen die Politik die Ressourcen und möglichen Finanzmittel nicht oder nur sehr zögerlich zur Verfügung gestellt hat. Das neue Denken war also nicht so sehr in der Verwaltung, sondern eher in der Politik angesagt.

#### Die Fragen

- Was kann man effizienter machen?
- Was kann man preiswerter organisieren?
- Wie können die gesetzlichen Aufgaben wirkungsvoller umgesetzt werden?

richten sich daher in allererster Linie an den Gesetzgeber. Und hier ist im Bereich der Steuerverwaltung ein krasses Missverhältnis gegeben. Die politisch verantwortlichen Finanzminister überlegen Personaleinsparungen und vermehren gleichzeitig die Aufgaben. Alle Steuergesetze der letzten Jahre waren unter dem Strich mit Mehrarbeit für die Steuerverwaltung verbunden. Die logischen personalpolitischen Konsequenzen wurden nicht gezogen; eher ignoriert man die Aufgabenmehrung, versucht sie wegzuzure-

reden oder wenigstens schön zu reden, um das politische Ziel der Personalkostenreduzierung durchzusetzen – koste es, was es wolle! Und im Bereich der Steuerverwaltung kostet diese Art von Politik tatsächlich mehr, als die vermeintliche Kosteneinsparung durch Personalreduzierung bringt.

Warnungen aus der eigenen Verwaltung werden nicht wahrgenommen, weil sie politisch nicht opportun sind. Zur Bekräftigung der eigenen Meinung werden externe Berater in die Finanzämter geholt – und es ist wieder eine Erfahrung, die den Laien zum Staunen bringt, dass diese Berater in aller Regel in ihren Untersuchungen das Einsparpotenzial erbringen, welches politisch gewünscht war. Die praktikablen Vorschläge sind in der Regel jene, die von den Verwaltungsorganisations schon angedacht und aufgegriffen waren und die nun in die Berichte der externen Berater mit eingeflossen sind. Darüber hinausgehende Einsparpotenziale sind in der Regel mit bestimmten Prämissen und Annahmen verbunden, die der Gesetzgeber zunächst beschließen müsste, dies aber nicht oder nicht zeitgerecht umsetzt. Auszubaden haben das Dilemma die Beschäftigten, die mehr Aufgaben zugewiesen bekommen, die sie bürgerfreundlich

und am besten noch schneller erledigen sollen. Mehr als arbeiten kann aber keiner und so bleibt als einziger Ausweg, Abstriche an der Bearbeitungsqualität vorzunehmen. Dadurch geht aber Geld verloren, das in den öffentlichen Kassen wiederum fehlt und der Politik als Begründung für die nächste Sparwelle dient.

Den Personalstillstand bzw. -abbau bei steigenden Aufgaben begründen die Politiker auch gerne mit dem Einsatz der neuen Techniken. Aber auch hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Die Beschaffungsvorhaben für moderne Informationstechnik müssen aus Haushaltsgründen über Jahre gestreckt werden. Die Softwareentwickler können der Gesetzgebungswut nicht nachkommen. Das große Nadelöhr ist in der Steuerverwaltung die Programmierung. Die Verwaltung hilft sich, indem sie bundeseinheitlich Programme entwickelt. Aber auch hier sind die Ressourcen und Kapazitäten begrenzt, so dass die Entwicklung viel zu lange dauert. Die bestehenden Programme müssen im Jahresrhythmus überarbeitet und angepasst werden, weil der Gesetzgeber laufend Änderungen im materiellen Steuerrecht vornimmt. Die Rechnerkapazitäten sind an der Grenze angelangt. Und dies hat nichts mit zu wenig Effizienz zu tun – im Gegenteil: externe Untersuchungen von Rechenzentren haben ergeben, dass die Stabilität der Systeme und die Auslastung der Systeme im Spitzenbereich und über dem Durchschnitt in der Privatwirtschaft liegt. Es liegt auch hier nicht am Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern wieder an der Politik, die Anspruch und Wirklichkeit nicht in Übereinstimmung bringt.“

## Bundesverdienstkreuz für Josef Bugiel

Der Landesvorsitzende der Bayerischen Finanzgewerkschaft, Josef Bugiel, erhielt im Rahmen einer Feierstunde vom Bayerischen Staatsminister der Finanzen Professor Dr. Kurt Fallthäuser das Bundesverdienstkreuz überreicht.

Bugiel wurde damit für seine vielfältigen gewerkschaftlichen Tätigkeiten in der Bayerischen Finanzgewerkschaft, im Bayerischen Beamtenbund und in der DSTG geehrt.

Die DSTG gratuliert seinem Bundesvorstandsmitglied Josef Bugiel zu dieser hohen Auszeichnung.

## Werner Hagedorn 50 Jahre DSTG-Mitglied

Werner Hagedorn, Ehrenmitglied des DSTG-Bezirksverbandes Düsseldorf, ehemaliger DSTG-Bundesvorsitzender, ehemaliger DBB-Bundesvorsitzender und DBB-Ehrenvorsitzender ist seit über 50 Jahren Mitglied der DSTG. Aus diesem Anlass überbrachte ihm der DSTG-Bezirksvorsitzende Düsseldorf, Hans-Werner Kaldenhoff, die Ehrenurkunde und ein nahrhaftes Präsent in seine Wuppertaler Wohnung.

Werner Hagedorn war von jeher ein engagiertes DSTG-Mitglied, so dass er vor seinen Bundesämtern bereits 1961 bis 1979 als stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Düsseldorf seine Kraft in den Dienst der DSTG stellte.

Zu dieser 50-jährigen engagierten Mitgliedschaft gratuliert auch die DSTG-Bundesleitung herzlich.

## DSTG hält Kontakt zu der Bundesregierung

Im Rahmen der Reihe von Treffen der DSTG-Bundesleitung mit den im Bundestag vertretenen politischen Parteien konnte mit dem SPD-Vorstandsmitglied und Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Siegmund Mosdorf, diskutiert werden.

Mosdorf führte das Gespräch für den aus terminlichen Gründen verhinderten SPD-Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Die DSTG-Bundesleitung repräsentierten der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek, seine Stellvertreter Anne Schauer, Manfred Lehmann, Joachim Rothe, Dr. Rainer Ullrich und Bundesgeschäftsführer Rafael Zender.

Zu Beginn des Gesprächs führte Mosdorf aus, sein Ziel sei, eine moderne Wirtschaft politisch zu gestalten. Die Staatsverschuldung dürfe wegen der Erdrosselung und Einengung der Handlungsspielräume nicht weiter steigen. An den von Ondracek vorgestellten DSTG-Tätigkeitsfeldern zeigte sich Mosdorf sehr interessiert.

Ondracek betonte die parteipolitische Neutralität der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Neben der Tarifrunde 2000 standen naturgemäß die Lage in den Finanzämtern und die aktuelle Steuerpolitik im Vordergrund. Zu der in der Presse verbreiteten Meldung, jeder dritte Steuerbescheid sei falsch, führte DSTG-Chef Dieter Ondracek klarstellend aus, diese Meldung dürfe nicht so verstanden werden, dass alle unkorrekten Bescheide auf Fehler der Finanzamtsbeschäftigten beruhen. Vielmehr seien die Bescheide

### Große Steuerreform als Motor für Beschäftigung und Wachstum

oft objektiv falsch, weil die Erklärungen unvollständig waren und aus Zeitgründen eine Sachaufklärung unterblieb.

Im Übrigen betonte Mosdorf insbesondere die „Große Steuerreform“ als Motor für Wachstum und Beschäftigung.

Bedauert wurde die schleppende Fortentwicklung des Projektes „FISCUS“, von dem nach drei Jahren noch nicht genug Ergebnisse offenkundig seien. Die von manchen Ländern vertretene Auffassung, das Projekt wegen der steigenden Kosten „sterben zu lassen“ stieß auf Ablehnung, da ansonsten die bisherigen Aufwendungen, die ein erhebliches finanzielles Volumen ausmachen, umsonst gewesen seien. Die Fertigstellung müsse beschleunigt werden.

Interessiert zeigte sich Staatssekretär Mosdorf auch am Projekt „ELSTER“.

Diskutiert wurde auch das beim 14. Gewerkschaftstag 1999 in Lübeck verabschiedete DSTG-Grundsatzprogramm.

Angesprochen wurde von DSTG-Seite auch die unzureichende Besteuerung von Kapitaleinkünften und Spekulationsgewinnen, wobei Ondracek nochmals auf die Notwendigkeit der Abschaffung des § 30a AO, des so genannten „Bankengeheimnisses“, hinwies, da dies nur ein Ermittlungshindernis für die Finanzämter sei.

Er führte des Weiteren aus, dass der Einkommensteuersatz mindestens um 5 % Punkte abgesenkt werden könnte, wenn alle steuerpflichtigen Bürger steuererhlich seien.



von links: Joachim Rothe, Dieter Ondracek, Siegmund Mosdorf, Anne Schauer, Dr. Rainer Ullrich, Manfred Lehmann, Rafael Zender

Weiterer Diskussionspunkt war die mögliche Abschaffung der Kfz-Steuer und die Integration in die Mineralölsteuer. Die Kfz-Steuer weist mittlerweile 42 verschiedene Tarife auf. Insbesondere sei die Vollstreckung bei den Kfz-Steuern arbeitsintensiv und stehe außer Verhältnis zu den einzutreibenden Steuern. Die Erhebung könne dadurch gesichert werden, dass bei Anmeldung des Kfz die erste Steuer gleich bei der Zulassungsstelle eingezogen würde.

### Interesse an der Tätigkeit der Betriebsprüfung

Starkes Interesse zeigte Mosdorf auch an einer intakten Betriebsprüfung. DSTG-Chef Dieter Ondracek führte aus, dass man zusätzlich zu den im Jahre 1999 eingesetzten rund 11 000 Betriebsprüfern, die ein Mehrergebnis von annähernd 25 Mrd. DM gebracht haben, 5 000 weitere Betriebsprüfer benötige.

Notwendig sei ein Prüfungsturnus bei den Großbetrieben von höchstens vier Jahren, bei Mittelbetrieben von acht Jahren und bei den Kleinbetrieben von 15 Jahren.

Vor dem Hintergrund des Abgangs von Betriebsprüfern wurde auch die Notwendigkeit der Verbesserung der Besoldung und der Wegstreckenentschädigung angesprochen.

Weiteres Gesprächsthema war die Unternehmenssteuerreform, wobei der Bundesvorsitzende auf die Erschwernisse durch das Optionsmodell hinwies. SPD-Vorstandsmitglied Mosdorf zeigte sich zuversichtlich, dass pragmatische Lösungen gefunden würden.

Was die unterschiedliche Besteuerung von Körperschaften und Personengesellschaften angehe, wies er darauf hin, dass Personenernehmen 400 000 DM Gewinn erreichen müssten, um den Durchschnittssteuersatz der Körperschaften zu erreichen. Dies seien nur bei 10 % bis 12 % der Personenernehmen der Fall.

Positiv sei zu vermerken, dass das Wachstum im Jahre 2000 mit 2,8 % bis 3 % festzustellen sei, während die Wachstumsrate vor dem Regierungswechsel bei unter 2 % gelegen habe.

Mosdorf bedankte sich für das fruchtbare Gespräch, die in vielen Punkten sachliche Übereinstimmung, und regte eine Fortsetzung des Dialogs an.



Finanzministerin Sigrig Keler referierte über die Lage der Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern; aufmerksamer Zuhörer: der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek

#### Mecklenburg-Vorpommern:

## Bundesvorstand mahnt soziale Gerechtigkeit an

**Z**u einem sachlichen Disput mit der Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Sigrig Keler kam es im Rahmen der Sitzung des DSTG-Bundesvorstandes am 3. April 2000 in Schwerin.

Nicht nur der Bundesvorstand, sondern auch zahlreiche Vorsitzende von Ortsverbänden und Amtsträgern diskutierten mit der Finanzministerin im Anschluss an ein Referat über die Lage der Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern.

Sigrig Keler erinnerte an die Aufbauleistung der Kolleginnen und Kollegen in den jungen Bundesländern. Spontaneität, Pioniergeist und Improvisation seien das Markenzeichen des Aufbau-Ost gewesen.

Keler erinnerte daran, dass seit 1990 880 Finanzanwärter und 420 Steueranwärter eingestellt worden seien – allerdings mit einer gehörigen Portion „saurem Essig“: vielen sind nur befristete Arbeitsverträge angeboten worden, andere wurden überhaupt nicht übernommen und dem Arbeitsmarkt ausgesetzt.



Die Vorsitzenden der Ortsverbände im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern diskutierten mit der DSTG-Bundesleitung

Heftig war der Disput um die Anpassung der Arbeitsbedingungen in den jungen Bundesländern an das Westniveau. Dies wurde vom Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek mit zwingenden Argumenten gefordert.

Zehn Jahre deutsche Einheit müssten endlich den notwendigen politischen Druck erzeugen, endlich die Arbeitsbedingungen in Ost und West anzupassen. Nur so könne die soziale Gerechtigkeit in Ost und West hergestellt werden, ohne die die innere Einheit nicht vollendet werden könne.

Die Finanzministerin verwies auf die Haushaltslage. Die volle Anpassung der Arbeitsbedingungen würde zum Stellenabbau führen. Kollege Dieter Ondracek wies auf den wachsenden Unmut und Frust der Beschäftigten hin. Die Kolleginnen und Kollegen würden in der Solidarität der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und des Deutschen Beamtenbundes am 12. April 2000 in Dresden ihre Wut über diese leistungshemmende und demotivierende Diskriminierung sichtbar machen, kündigte er an.

Hart in der Sache wurde mit der Ministerin gerrungen; fair und konstruktiv war das Klima, in dem sich dieser Disput vollzog.

#### Rückblick auf zehn Jahre DSTG in Sachsen-Anhalt

**I**m bekannten Harz-Städtchen Wernigerode feierte die DSTG Sachsen-Anhalt am 31. März 2000 ihren 10. Geburtstag.

Der DSTG-Landesvorsitzende Günter Martini erinnerte an den Aufbau des Landesverbandes. Bereits im Mai 1990 waren die beiden Bezirksverbände, die den damaligen DDR-Bezirken Magdeburg und Halle zugeordnet waren, der DSTG in Saarbrücken beigetreten.

Unmittelbar nach Gründung des Landes Sachsen-Anhalt wurde aus den beiden Bezirken ein DSTG-Landesverband. Viele Erinnerungen wurden bei den Teilnehmern wach, Anekdotisches und Ernstes, die Gründung der Ortsverbände bei jedem Finanzamt, die Einrichtung einer Personalvertretung auf allen Stufen – der Garant eines demokratisch organisierten Verwaltungsaufbaus.

Martini verwies auch an die ersten Gefechte, die mit der Verwaltung und dem Parlament ausgefochten werden mussten: die Übernahme in das Beamtenverhältnis, die tarifgerechte Eingruppierung und die Übergangsausbildung. Hart gerungen worden sei um die Anerkennung der Vordienstzeiten, letztlich mit einem beachtlichen Erfolg: im Tarif- und Besoldungsrecht wurde anerkannt, dass die Tätigkeit der Kolleginnen und Kollegen in den jungen Bundesländern zu Zeiten der ehemaligen DDR ein wichtiges Stück ihrer Biografie war, dass sie dort – unter schwersten Bedingungen – ihre Pflicht getan und Leistung erbracht haben.

Mit den Kolleginnen und Kollegen in Sachsen-Anhalt feierten DSTG-Chef Dieter Ondracek, der stellvertretende Bundesvorsitzende Joachim Rothe, Bundesgeschäftsführer Rafael Zender, die „Aufbauhelfer aus dem Westen“ Hans-Jürgen Schnieber und Meinolf Guntermann, der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen Jürgen Hüper sowie Paul Courth.

Der Jubiläumsveranstaltung voran ging eine Sitzung des Landesvorstandes mit aktuellen Themen: die DSTG verhinderte, dass die Finanzämter in den Stellenabbau einbezogen wurden. Weitere aktuelle Themen: die Wegstreckenentschädigung, die Einkommensrunde 2000 sowie die Anpassung der Ostgehälter an das Westniveau.

## Kein Zwang für Beamte bei Teilzeit

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. März 2000 (BVerwG 2 C 1.99) dürfen Beamte nicht zur Teilzeitbeschäftigung mit verringerter Besoldung gezwungen werden.

Das beklagte Land Hessen hatte die Arbeitszeit des Klägers bei seiner Einstellung im Beamtenverhältnis auf zunächst 80 % und nach Ablauf von fünf Jahren auf 90 % der regelmäßigen Arbeitszeit eines vergleichbaren vollzeitbeschäftigten verbeamteten Kollegen festgesetzt. Die unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung, die mit einer entsprechenden Verringerung des Gehaltes einherging, waren Bedingung

für die Einstellung des Klägers.

Nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts verkürze eine aufgezwungene Teilzeitbeschäftigung mit verringerten Bezügen den verfassungsrechtlichen Anspruch des Beamten auf hauptberufliche Dienstleistung gegen vollen amtsangemessenen Lebensunterhalt. Den verfassungsrechtlichen Vorgaben trage das für die Länder maßgebliche Bundesrecht Rechnung. Bei bundesrechtskonformer, insbesondere verfassungskonformer Auslegung des Hessischen Beamtengesetzes können auch bei einem Bewerberüberhang Beamte in Teilzeitbeschäftigung nur eingestellt werden, wenn ihnen die Möglichkeit zur Wahl einer vollen Beschäftigung bleibe.

## DSTG-Erfolg bei Personalratswahlen in Niedersachsen

Die Personalratswahlen in Niedersachsen brachten einen eindrucksvollen Vertrauensbeweis für die Kandidatinnen und Kandidaten der DSTG.

Im Bezirkspersonalrat gingen von acht Beamtenitzen sieben an die DSTG. Von den zwei Angestelltenitzen entfiel einer auf die DSTG.

Damit stellt die DSTG von den elf Sitzen im Bezirkspersonalrat acht Sitze.

Von den insgesamt abgegebenen 10 932 Stimmen entfielen auf die DSTG-Listen 7 553 Stimmen.

Bei der Wahl zum Hauptpersonalrat beim niedersächsischen Finanzministerium gingen von den insgesamt 12 201 gültigen Stimmen 7 960 Stimmen an die DSTG-Listen.

Von den insgesamt elf Sitzen im Hauptpersonalrat entfielen auf die DSTG-Listen sieben Sitze.

Den HPR-Vorsitzenden und BPR-Vorsitzenden stellt die DSTG.

Die DSTG-Bundesleitung gratuliert den Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen zu dem Wahlerfolg.



### +++ Tarif-Telegramm +++

Mit der Forderung nach vier Prozent Erhöhung befinden sich DBB und Tarifunion keineswegs auf einem anderen Stern, wie Arbeitgeber suggerieren, sondern auf dem Boden handfester Tatsachen. Das Wirtschaftswachstum wird voraussichtlich im Jahr 2000 mindestens 2,5 Prozent betragen, was Bundesfinanzminister Hans Eichel als Erfolg der Bundesregierung verkauft. Die Inflationsrate liegt nach seriösen Schätzungen bei etwa 1,5 Prozent. Unter Berücksichtigung der Kassenlage bei Bund, Ländern und Gemeinden rechtfertigen drei Faktoren die unbestreitbar moderate Forderung: Die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen müssen sich in der Höhe der Löhne und Gehälter widerspiegeln. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten darf nicht ignoriert werden. Außerdem erwirtschaftet der öffentliche Dienst das Wirtschaftswachstum zu einem erheblichen Prozentsatz mit. Es könnte dem gesamtgesellschaftlichen Interesse nicht dienlich sein, wenn die Interessen einer wichtigen Gruppe, die den staatlichen Rahmen für die Betätigung aller Bürger gewährleistet, einfach unter den Teppich gekehrt würden.

Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes steht vor der Zerreißprobe. Was dahinter steckt und welche Absichten die öffentlichen Arbeitgeber verfolgen, beleuchtet die DBB Tarifunion in einem Flugblatt, das kürzlich an alle DSTG-Ortsverbände zur Information der Mitglieder versandt wurde. Es wird darin deutlich aufgezeigt, dass die Einbeziehung der Fragen der Zusatzversorgung in die Tarifrunde 2000 der falsche Weg ist und dass die Tarifunion dafür kämpfen wird, das bestehende System der Zusatzversorgung zu erhalten.

Bei einem Meinungsaustausch über die Perspektiven des öffentlichen Dienstes im Freistaat Thüringen am 1. März 2000 in Bonn lehnte die DBB Tarifunion gegenüber dem Finanzminister des Freistaates, Andreas Trautvetter, pauschale Stellenkürzungen im Personalbudget ab. Vor einer Verwaltungsreform sei eine gründliche Analyse der zukünftigen Aufgabenstellungen von Behörden und Dienststellen erforderlich.

DBB-Chef Erhard Geyer forderte auf dem SPD-Kongress der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) die öffentlichen Arbeitgeber auf, nicht nur Erwartungen an die privaten Arbeitgeber zu formulieren, sondern selbst zusätzliche und bestehende beschäftigungspolitische Instrumente voll auszuschöpfen. Dazu zählte er u. a. die intensivere Förderung neuer Arbeitsformen wie Telearbeit oder die Nutzung von Teilzeit- und Altersteilzeitarbeit in freiwilligem Rahmen sowie ein Angebot an zusätzlichen Ausbildungsplätzen.

Aus einer Pressemitteilung des Deutschen Bundestages geht hervor, dass die Geltungsdauer des Altersteilzeitgesetzes bis Ende 2009 verlängert und die Förderhöchstdauer von fünf auf sechs Jahre erweitert werden soll. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung liegt bereits vor.

## BFH-Präsidentin von Steuerverwaltung beeindruckt

Bei einem Antrittsbesuch trafen DSTG-Chef Dieter Ondracek und Bundesgeschäftsführer Rafael Zender mit der neuen Präsidentin des Bundesfinanzhofs, Frau Dr. Iris Ebling, zu einem Meinungsaustausch im Bundesfinanzhof in München zusammen.

Frau Dr. Ebling, 1940 in Berlin geboren, studierte Rechtswissenschaften an der Universität München. Nach den beiden juristischen Staatsprüfungen (1962 und 1966) trat sie im Jahr 1966 in den höheren Dienst der bayerischen Finanzverwaltung. Ein Jahr später wurde sie mit dem Thema „Der Sanierungsgewinn im Steuerrecht“ von der juristischen Fakultät der Universität Mainz zum doctor juris promoviert. 1970 kam sie vom Finanzamt München-Land als wissenschaftliche Mitarbeiterin erstmals an den Bundesfinanzhof, wechselte anschließend in die bayerische Finanzgerichtsbarkeit und war fortan Richterin am Finanzgericht in München. Im Jahre 1983 wurde sie

zur Richterin am Bundesfinanzhof gewählt.

Am obersten deutschen Steuergericht war Dr. Iris Ebling zunächst Mitglied in dem für die Besteuerung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung zuständigen IX. Senat und von Dezember 1990 an im XI. Senat, der sich im wesentlichen mit der ertragsteuerlichen Behandlung von Freiberuflern und Gewerbetreibenden befasst. Im Mai 1998 übernahm sie den Vorsitz in diesem Senat, den sie auch als Präsidentin weiterleiten wird.

Anders als Vorgänger Professor Dr. Klaus Offerhaus kündigte Frau Dr. Ebling an, sich nicht politisch äußern zu wollen. DSTG-Chef Dieter Ondracek führte demgegenüber aus, dass sich dies in diesem Amt nicht vermeiden lasse, da zwangsläufig durch die Urteile „Steuerpolitik gemacht werde“.

Beeindruckt zeigte sich Frau Dr. Ebling auch von der Arbeitsbelastung und Arbeitssituation in den Finanzämtern.



BFH-Präsidentin Dr. Iris Ebling mit dem DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek und Bundesgeschäftsführer Rafael Zender

DSTG-Chef Dieter Ondraček zeigte die Ursachen für die Arbeitsverdichtung in den Finanzämtern anhand konkreter Beispiele aus den jüngsten Gesetzesänderungen auf.

Verdeutlicht wurde in der Diskussion beispielsweise, dass die Einrichtung von „Info-Theken“ nicht unbedingt bürgerfreundlich sei. Der Steuerbürger wird aufgrund der hinter ihm sichtbar Wartenden bei der Behandlung seiner Steuersachen zur Eile gedrängt.

Beiderseitige Zustimmung war bezüglich der BFH-Novelle, die im Wesentlichen die Revision unter Einfügung in die Finanzgerichtsordnung neu regelt, festzustellen.

### Gerd Eßer 60 Jahre

Am 20. März 2000 vollendete der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Beamtenbundes, Gerd Eßer, sein 60. Lebensjahr.

Rund 200 Gäste – Freunde, berufliche Wegbegleiter, Kolleginnen und Kollegen – waren Besucher eines Empfangs, zu dem der DBB-Bundesvorsitzende Erhard Geyer am 23. März 2000 in das Rheinhôtel Dreesen in Bonn-Bad Godesberg eingeladen hatte.

Seit 1967 gehört Gerd Eßer der Bundesgeschäftsstelle des DBB an – zunächst als Referent für Organisations- und Satzungsfragen, später als Justitiar und Abtei-

lungsleiter, seit 1987 als Bundesgeschäftsführer.

Geyer würdigte Eßer als einen zuverlässigen und



*Erhard Geyer gratuliert Gerd Eßer (li.)*

professionellen Berater der Bundesleitung, als einen Kollegen, der mit seinem Rat „sehr viel dazu beigetragen hat, die Wegmarken zu setzen“.

Eßer ist zugleich Sprecher der Geschäftsführung des Deutschen Beamtenverbands, der Vermögensholding des DBB. Sein Kollege in der Geschäftsführung, Hans-Richard Adenauer, würdigte das „Unikat“ Gerd Eßer. Sein Verhandlungsgeschick beruhe auf einer gekonnten Mischung von rheinischer Flexibilität, forensischer anwaltlicher Erfahrung und preußischer Perfektion – ein solides Fundament für ein professionelles Management.

Nicht zuletzt: Gerd Eßer ist ein zuverlässiger Freund der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Nicht nur deshalb wünscht ihm die Redaktion: Ad multos annos!

Landesverbandstag 2000 in Rheinland-Pfalz:

## Defizite im Steuervollzug rasch beheben

**D**ie Weichen für die nächsten vier Jahre stellte der Steuer-Gewerkschaftstag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz am 28. und 29. März 2000 in Trier.

In programmatischen Entschlüssen wurden die Probleme offen- und Lösungsvorschläge auf den Tisch gelegt: zum Defizit im Steuervollzug und zur verfassungswidrigen Besteuerung.

Der Steuer-Gewerkschaftstag appelliert an die politisch Verantwortlichen: „Setzen Sie Ihre Steuerverwaltung personell so instand, dass

- der Steuervollzug den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entspricht,
- das Gleichmaß der Besteuerung gewahrt,
- steuerunehrliches Verhalten aufgedeckt,
- der Steueranspruch wirksam durchgesetzt werden kann und
- am Ende nicht der Ehrliche der Dumme ist.“

Außerdem wurde gefordert, die Steuerschlupflöcher europaweit zu schließen, die Steuergesetzgebung mit den Ländern im Hinblick auf Personalausstattung und Organisation abzustimmen, den Länderfinanzausgleich zu modifizieren und endlich eine durchgreifende Steuervereinfachung zu realisieren.

Nicht zuletzt forderte der Steuer-Gewerkschaftstag die Rückkehr zur wöchentlichen Arbeitszeit der Beamten auf 38,5 Stunden, die weitere Festsetzung der



von links: Erhard Geyer, Dieter Ondracek, Gernot Mittler, Detlev Stoltz, Hermann Fredersdorf

Grundsteuerwerte durch die Finanzämter sowie eine Anhebung der Wegstreckenentschädigung – insbesondere im Blick auf die steile Bergfahrt der Benzinpreise.

### Wiederwahl des bisherigen Landesvorsitzenden Detlev Stoltz

Mit überwältigender Mehrheit wurde der bisherige Landesvorsitzende, Kollege Detlev Stoltz wiedergewählt: von 77 gültigen Stimmen stimmten 73 mit „Ja“. Ebenso mit überzeugenden Mehrheiten wurden zu seinen Stellvertretern gewählt bzw. wiedergewählt: Werner Nägler, Günter Reinsbach, Joachim Meltzer und Irena Oska.

Glanzvoller Höhepunkt des Gewerkschaftstages war die öffentliche Kundgebung in der Aula der Europäischen Rechtsakademie. 200 Gäste waren der Einladung der Landesleitung gefolgt – die Landtagsabgeordneten Dr. Josef Peter Mertes (SPD), Herbert Jullien (CDU) und Werner Kuhn (F.D.P.), Finanzminister Gernot Mittler,

der in diesem Jahr Vorsitzender der Konferenz der Landesfinanzminister ist, DBB-Bundesvorsitzender Erhard Geyer, Finanzpräsident Helmut Janzen, zahlreiche Vorsteher und Personalratsvorsitzende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Finanzämtern in Trier und der Umgebung. Nicht zuletzt: DSTG-Chef Dieter Ondracek und der DSTG-Ehrenvorsitzende Hermann Fredersdorf.

Detlev Stoltz eröffnete die Veranstaltung mit einem Appell an Politik und Verwaltung, die bevorstehenden Reformen in der Verwal-

### Forderung nach Mitsprache der Beteiligten bei Reformen

tung nicht ohne Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzugehen. Er forderte, den Personalabbau in den Finanzämtern zu stoppen. Wenn in einigen Jahren die starken Einstellungsjahrgänge in den Ruhestand gingen, würden einige Finanzämter komplett

schließen müssen. Es müssten gerade jetzt für junge Leute Arbeitsplätze in der Finanzverwaltung geschaffen werden.

Für die Beamten forderte Stoltz die Rückkehr zur 38,5-Stunden-Woche. Mit Hinweis auf die jüngsten Benzinpreiserhöhungen forderte er die Landesregierung auf, auf eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung mit gleichzeitiger Anhebung der steuerfrei bleibenden Kilometerpauschale hinzuwirken. „Die Grenze dessen, was sich der Außendienst in der Finanzverwaltung zumuten lässt, ist erreicht“.

Der Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz, Gernot Mittler, kündigte an, „die Ressource ‚Personal‘ in den Finanzämtern stärker zu nutzen“. Die Budgetierung sei ein effektives Mittel zur Eigenverantwortlichkeit in den Finanzämtern. Mittler kritisierte das Optionsmodell bei der Unternehmenssteuerreform als verwaltungsaufwendig, kontraproduktiv und streitanfällig.

Er würdigte die „Info-Tecken“ als einen Beitrag zu einer bürgernahen und bürgerfreundlichen Verwaltung.

Steuervereinfachung – so Mittler – werde es nicht geben. Trotzdem verteidigte er den Personalabbau in Rheinland-Pfalz.

DSTG-Chef Dieter Ondracek zeigte nochmals die bedenklichen Lücken in der Umsetzung der Steuergesetze auf. Nicht nur die Steuergesetze seien ungerichtet, sondern auch und insbesondere der Gesetzesvollzug. Alle volkswirtschaftlichen Daten bewiesen: 100 Mrd. DM Steuerausfälle durch die Steuerkriminalität seien nicht nur eine realistische Schätzung, sondern eine Mindestschätzung. Die Steuerverwaltung könnte einen Teil dieser Einbußen kompensieren, wenn die Politik sie dazu in die Lage versetzen würde.

## Ungarische Kollegen Gast der DSTG



*Die ungarischen Steuergewerkschafter Dr. Zoltán Nagy und Peter Michalkó mit dem DBB-Bundesvorsitzenden Erhard Geyer, DBB-Bundesgeschäftsführer Gerd Eßer und UFE-Generalsekretär Paul Courth vor dem DBB-Haus in Bonn (v. l. n. r.)*

Der Vorsitzende der ungarischen „Steuergewerkschaft (ADOSZT)“, Peter Michalkó, und Vorstandsmitglied Dr. Zoltán Nagy waren vom 5. bis 7. April 2000 Gäste der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und des Deutschen Beamtenbundes. Die ungarische Steuergewerkschaft beabsichtigt, der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE), der europäischen Dachorganisation der DSTG, im Rahmen der nächsten Komiteesitzung der UFE im September 2000 in Brüssel beizutreten. Der Vorbereitung des Beitritts dienten die Gespräche mit UFE-Präsident Dieter Ondracek und Generalsekretär Paul Courth im DSTG-Haus in Bonn.

Am 6. April 2000 wurde die ungarische Delegation vom Präsidenten der Bundesfinanzakademie, Horst Vogelgesang, und seinem Stellvertreter Dr. Jörg-Dietrich Kramer empfangen und umfassend über die Aufgaben der Bundesfinanzakademie informiert. Der Besuch wurde abgerundet durch einen Besuch des Steuermuseums in der Bundesfinanzakademie. Am Abend lud der DBB-Bundesvorsitzende Erhard Geyer in das Bildungszentrum des DBB nach Thomasberg ein.

## DSTG führend im Thüringer Beamtenbund

Auf dem 3. Gewerkschaftstag des Thüringer Beamtenbundes wurde Andreas Witschel (DSTG) erneut zum Vorsitzenden des TBB gewählt. Andreas Witschel erhielt einen überzeugenden Vertrauensbeweis.

Die DSTG-Landesvorsitzende Gunda Lämmer wurde überraschend zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Für die vier Stellvertreter waren acht Kandidaten nominiert. Gunda Lämmer wurde im ersten Wahlgang zur Stellvertreterin

gewählt, weil die anwesenden Delegierten und Delegierten eine starke Frau mit im Vorstand haben wollten.

Ebenso überraschend wurde zur Schatzmeisterin die DSTG-Kollegin Elisabeth Wollschläger gewählt. Als einer der drei Rechnungsprüfer wurde der DSTG-Kollege Jörg Pfeffer benannt.

Die Delegierten des Thüringer Beamtenbundes haben damit deutlich bestätigt, dass die DSTG viele engagierte Kolleginnen und Kollegen vorzuweisen hat, die sie sich auch für die Mitarbeit im TBB wünschen.

Die DSTG-Bundesleitung gratuliert zum Wahlerfolg und wünscht ein erfolgreiches Wirken!

## Tauschcke

StAR'in aus Brandenburg (OFD Cottbus) sucht dringend Tauschpartner/in aus Sachsen (OFD Chemnitz), möglichst aus dem Bereich der Dresdner Finanzämter.

StOS aus NRW (OFD Düsseldorf) sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner/in aus Hessen (OFD Frankfurt/Main - Finanzämter Alsfeld, Lauterbach, Fulda, Bad Hersfeld, Schwalmstadt, Marburg, Gießen).

StI'in aus Sachsen-Anhalt sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD München oder OFD Nürnberg.

StOI'in aus Schleswig-Holstein (OFD Kiel) sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Bremen oder aus dem Bereich der OFD Hannover (FA Cuxhaven).

StS'in aus dem Bereich der OFD Bremen sucht dringend

Tauschpartner/in aus den Finanzämtern Vechta oder Osnabrück (Niedersachsen).

StAI'in aus Hessen (OFD Frankfurt) sucht Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg (Bereich OFD Stuttgart) oder aus Bayern, Bereich OFD München.

StAI'in aus dem Bereich der OFD Frankfurt sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Hannover.

StOS'in aus dem Bereich der OFD Frankfurt sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Stuttgart.

StAf aus Hessen (OFD Frankfurt/Main) sucht dringend Tauschpartner/in aus Bayern (OFD München - FÄer München oder Ebersberg).

StS'in aus Bayern (OFD München) sucht aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus Schleswig-Holstein (OFD Kiel).